

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 13. September 2022 / Mardi matin, 13 septembre 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**50 2021.RRGR.381 Motion 261-2021 Imboden (Bern, Grüne)
Die öffentlichen Finanzflüsse gemäss Kantonsverfassung auf Klimaschutz und
Klimaresilienz ausrichten**

**50 2021.RRGR.381 Motion 261-2021 Imboden (Berne, Les Verts)
Orienter les flux financiers publics sur la protection du climat et la résilience climatique
au sens de la Constitution cantonale**

Präsident. Der Regierungsrat empfiehlt punktweise bei den Ziffern 1 und 2 die Annahme, bei den Ziffern 3, 4 und 5 die Annahme als Postulat.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Mitmotionär. Ich gratuliere zuerst Aschi Wandfluh zu dem grünen Signal, das er da an der Wand hatte: einstimmig, für ein Postulat für den Klimaschutz (M 258-2021). Wir Grünen wären im Übrigen auch bereit gewesen, der Motion zuzustimmen. Wir hoffen jetzt natürlich, dass bei diesem Vorstoss auch ähnlich grün abgestimmt wird.

Bei der Motion, über die wir jetzt sprechen, geht es, einfach gesagt, um die Umsetzung des Volkswillens, der vor einem Jahr mit einem klaren Ja zum Klimaschutzartikel in der Verfassung des Kantons Bern (Art. 31a KV) zum Ausdruck gekommen ist. Es geht konkret um die Umsetzung von Abs. 4: «Kanton und Gemeinden richten die öffentlichen Finanzflüsse insgesamt auf eine klimaneutrale und gegenüber der Klimaveränderung widerstandsfähige Entwicklung aus.» Auch dieser Grundsatz wurde in der Volksabstimmung vom 26. September des letzten Jahres klar angenommen, mit 64 Prozent Ja-Stimmen im ganzen Kanton und mit Ja-Mehrheiten auch im ländlichen Raum, z. B. in Kandersteg, in Zweisimmen, in Sumiswald, in Huttwil, in Niederbipp, in Gampelen, in Orvin und in Grandval.

Es ist erfreulich, aber gewissermassen auch nur logisch und konsequent, wenn der Regierungsrat jetzt die Ziffern 1 und 2 dieses Vorstosses als Motion entgegennehmen will. Die Ziff. 1 fordert ja eine Bestandesaufnahme, ob und wie weit die öffentlichen Finanzflüsse von Kanton und Gemeinden bereits heute auf die geforderte Entwicklung ausgerichtet sind. Der Verfassungsartikel verlangt ja grundsätzlich, dass der Kanton Bern bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreicht. Und um zu wissen, wie weit auch die öffentlichen Finanzflüsse auf dem Weg zu diesem Ziel sind, braucht es periodisch Zwischenbilanzen. Und dies verlangt die Motion in der Ziff. 2. Bis dahin sind wir also mit dem Regierungsrat einig – und hoffentlich auch mit vielen von Ihnen – und empfehlen das Gleiche: Annahme der Punkte 1 und 2 der Motion.

Mit konkreten Massnahmen, entsprechenden Anträgen an den Grossen Rat und dem Einwirken auf kantonale Institutionen und Unternehmen will der Regierungsrat aber noch zuwarten, bis diese Bestandesaufnahme gemacht ist und die Möglichkeiten für Verbesserungen aufgezeigt sind. Deshalb will er die Ziffern 3 und 4 nur als Postulat entgegennehmen.

Man kann dies so sehen: schrittweise vorgehen und mit Massnahmen noch zuwarten. Aber zwingend ist dieses Vorgehen so nicht. Im Gegenteil: Wir sind der Meinung, dass nichts gegen die Motionsform spricht und alles dafür. Der Auftrag, Massnahmen zur Ausrichtung der Finanzflüsse auf Klimaneutralität und Resilienz zu treffen, ist eigentlich schon mit dem Verfassungsartikel erteilt. Und wenn man die Klimaneutralität möglichst bald und eben sicherlich bis zum Jahr 2050 erreichen will, muss man sofort und energisch konkrete Massnahmen vorbereiten und so schnell wie möglich auch starten. Das ist ein Grundsatz, der sich in der Klimadebatte durchgesetzt hat.

Also: Machen wir sofort vorwärts mit allen Ziffern der Motion und geben wir dem Regierungsrat einen umfassenden Auftrag, den Volkswillen zum Klimaschutz auch bei den öffentlichen Finanzflüssen rasch und konsequent umzusetzen. Der Kanton Bern kann damit auch Pionierarbeit leisten: Er ist der erste Kanton, der einen solchen Grundsatz wie in Abs. 4 des Klimaschutzartikels auf Verfassungsstufe verankert hat.

Im Vortrag der Kommission, die diesen Artikel ausgearbeitet hat, im Vortrag der BaK, wurde uns dargelegt, um was es jetzt gehen muss: Es muss auch via öffentliche Finanzflüsse, ich zitiere, «künftig mehr in umweltfreundliche und zukunftssträchtige Technologien und Energieträger sowie in Massnahmen zur Förderung der Anpassung an die Klimaveränderung investiert werden». Und dabei sollen, ein weiteres Zitat aus dem Bericht der BaK, «die Vermögensanlagen [...] von Kanton und Gemeinden, Pensionskassen, Gemeindeunternehmen auf einen klimaverträglichen Pfad geführt werden.» Begeben wir uns möglichst rasch und konsequent auf diesen Pfad. Ich bitte um Zustimmung zu allen Ziffern der Motion.

Präsident. Bevor wir zu den Fraktionen kommen, möchte ich eine Klasse des Gymnasiums Hofwil und ihren Lehrer Thomas Schwitter, die unsere Debatte mitverfolgen, herzlich hier begrüßen. Herzlich willkommen. (*Applaus / Applaudissements*)

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Selbstverständlich tragen wir von der FDP-Fraktion den Auftrag mit, auch die öffentlichen Finanzflüsse klimaverträglich auszurichten. Aber – vielleicht entgegen dem, was Bruno vorhin gesagt hat – die Punkte 3 bis 5 sehen wir ein bisschen anders, und zwar: Es ist nicht zwingend notwendig, dass man darüber nachdenkt, sondern es ist vielleicht auch vernünftig. Denn die Instrumente sollen wirklich zuerst geprüft werden. Sie sollen sorgfältig geprüft werden, sie sollen sorgfältig ausgearbeitet werden.

Und es braucht ja auch noch eine Abstimmung mit dem Bund, damit man dies richtigmacht und hier nicht irgendwo hineintappt. Denn erst diese Überprüfung wird dann auch zeigen, wo die Regierung direkte Sofortmassnahmen übernehmen kann oder wo es dann auch um eine Anfrage an den Gesetzgeber geht, an uns, damit dies auch richtig ist. Und hier ist eine klare Überprüfung, eine saubere Abklärung viel wichtiger als eine klimagestresste Aktionitis.

Daher sind wir von der FDP bei den Punkten 1 und 2 ganz klar für die Annahme als Motion, die Punkte 3 bis 5 unterstützen wir ebenfalls als Postulat. Wenn nicht gewandelt würde, würden wir ablehnen.

Thomas Fuchs, Bern (SVP), Fraktionssprecher. Ich kann Bruno Vanoni enttäuschen oder muss ihn enttäuschen: Wir sehen dies nicht ganz so. Hier spricht für uns eigentlich nichts für die Motion und auch gar nichts für das Postulat. Es hat auch nichts zu tun mit «Pionier», wie man es hier zu verkaufen versucht. Ich kenne dies aus dem Stadtrat: Da versucht man, alle Projekte, die mit dem Klima zu tun haben, sogar als Leuchtturmprojekte zu verkaufen; dies könntest du dir also noch merken für einen nächsten Vorstoss.

Ich habe eigentlich immer gehofft, es komme dann ein Mail, in dem man diesen Vorstoss zurückzieht. Dieses ist nun leider nicht gekommen. Und hei – Ursula Zybach würde wahrscheinlich «hei» zu Ihnen sagen: Diesen Vorstoss sehen wir nicht. Wir lehnen ihn in sämtlichen Punkten ab, sowohl als Motion wie auch als Postulat. Es ist eigentlich eine klassische Wahlkampfmotion, und sie hat ja auch genützt: Frau Imboden ist jetzt im Nationalrat. Ich nehme an, sie hat dies per Copy-Paste dort auch schon lange alles wieder eingegeben; wie ich sie kenne, wird dies dort so ebenfalls funktionieren.

Man würde wahrscheinlich mehr machen für das Klima, wenn man die Baubewilligungsverfahren vereinfachen würde, wenn man schauen würde, dass bei den Solaranlagen etwas gemacht wird. Im Administrativen könnte man viel machen, nicht hier, wo wieder eine Bürokratie aufgebaut wird mit einem Vorstoss, der am Schluss eigentlich nichts bringt. Man will sogar Institutionen und Unternehmen verpflichten, an denen der Kanton beteiligt ist, z. B. die BKW, bei der man es nicht einmal geschafft hat, den Lohn der Chefin auf 1 Mio. Franken zu fixieren. Aber da will man dann unbedingt

schauen gehen, dass alles – Klima, Resilienz und widerstandsfähige Entwicklung und bla, bla, bla, wie dies hier alles geschrieben ist – reinkommen soll mit diesem Klimaschutz.

Also, aus meiner Sicht und auch aus Sicht der SVP ist dies eigentlich ein «Guguus»-Vorschlag. Wie gesagt: Wir sagen zu allem hier Nein. Es ist eine Wahlkampfmotion, die den Erfolg schon gehabt hat, und dann braucht sie nicht noch weiteren Erfolg.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Auch die EDU sieht es ganz ähnlich wie mein Vorredner. Was ich vielleicht noch erwähnen kann, ist, dass aus unserer Sicht einfach das Thema Klimawandel – bei dem wir durchaus offen sind für gezielte, sinnvolle Massnahmen und verschiedenen Dingen hier im Rat auch immer wieder zugestimmt haben –, dass dieses mir immer mehr als alleiniges, völlig überhöhtes Thema rüberkommt, das von der Priorität her fast ein Alleinstellungsmerkmal bekommt, welches ihm aus unserer Sicht nicht angemessen ist. Es steht nicht mehr in der Relation zu anderen Aufgaben, die wir im Kanton und im Staat haben, es ist praktisch das allein entscheidende Thema.

Dies sieht man auch an der Forderung nach einer Klimalegislatur, die gestellt wurde. Dass man ein Thema dermassen überhöht, sehen wir kritisch, und für uns geht auch der Vorstoss zu stark in diese Richtung. Wir hätten vielleicht gescheiter eine Versorgungssicherheitslegislatur ausgerufen, statt eine Klimalegislatur zu fordern. Und ich denke, wir werden in den nächsten paar Jahren noch andere Probleme haben: Vielleicht braucht man dann auch eine Inflationslegislatur oder eine Finanzkrisenlegislatur. Aber wenn wir zu jedem wichtigen Thema eine eigene Legislatur ausrufen oder das Thema so überhöhen wollten, dann funktioniert es nicht. Es muss alles in einem Gleichgewicht sein. Zu diesem Gleichgewicht rufe ich auf, und deshalb lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Diese Forderung hat ja zwei Teile. Der erste Teil ist, dass man diese Finanzflüsse anschaut: Wo geht das Ganze bereits in die richtige Richtung, wo bestehen noch Widersprüche? Dies macht Die Mitte wie die Regierung: Die Ziffern 1 und 2 nehmen wir an. Jetzt bereits konkrete Massnahmen zu ergreifen und hier zu beschliessen, geht uns zu weit. Im Wissen, dass dazu neue Instrumente und Massnahmen nötig sind, wie dies bereits von der BaK im Vortrag genannt wurde, ist deshalb hier ein Postulat eigentlich angebracht. Schlussendlich wird es der Grosse Rat sein, wir als Gesetzgeber, die hier über diese Auslegeordnung bzw. die Umsetzung zu bestimmen haben, und auf diese Debatte freue ich mich dann.

Kurz zusammengefasst: Die Mitte stimmt wie die Regierung, bei den Ziffern 1 und 2: Annahme der Motion, bei den Ziffern 3 bis 5 als Postulat.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP), Fraktionssprecher. Es ist unbestritten, dass die Ausrichtung der öffentlichen Finanzflüsse auf die Ziele des Klimaschutzes einerseits absolut notwendig und andererseits klimapolitisch relevant ist. Dies zeigt auch Art. 31a Abs. 4 KV klar auf. Es ist sicherlich auch unbestritten, dass es zur Umsetzung dieses Artikels auch eine Bestandesaufnahme der Ist-Situation braucht. In der Folge ist es nämlich möglich aufzuzeigen, welche Finanzflüsse noch nicht dem Verfassungsauftrag entsprechen. Und wenn dieses Aufzeigen periodisch passiert, wird auch gleich belegt, wie sich die Umsetzung stetig verbessert.

Nach der Bestandesaufnahme wird es keine Überraschung sein, dass es Massnahmen brauchen wird, welche die Ist-Situation mit der KV in Übereinstimmung bringen müssen. Der Kanton geht hier mit gutem und richtigem Beispiel voraus, und es macht absolut Sinn, dass er bei denjenigen Institutionen und Unternehmen, an denen er selber beteiligt ist oder mit denen er eine enge Geschäftsbeziehung pflegt, in gleicher Art und Weise Einfluss nimmt.

Nicht nur der Kanton setzt alles daran, die Klimaresilienz zu erhöhen und den Zielen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Auch die bernischen Gemeinden tun dies. Dass der Kanton sein umfangreiches Wissen und seine Erfahrungen z. B. in Form von Arbeitshilfen den Gemeinden zur Verfügung stellt, ist zu begrüßen. Dies ist durchaus keine neue Idee und wird vom Kanton in vielen Bereichen bereits gemacht. Als hervorragendes Beispiel dazu seien die Grundlagen für eine nachhaltigkeitsorientierte Gemeindepolitik erwähnt, die den Gemeinden schon heute wertvolle Unterstützung bieten. Weitere Arbeitshilfen und die Weitergabe von kantonalen Erfahrungen sind da natürlich

sehr erwünscht. – Die SP-JUSO-Fraktion stimmt allen fünf Punkten zu, den Punkten 3 bis 5 sowohl als Motion wie auch als Postulat.

Simon Buri, Konolfingen (GLP), Fraktionssprecher. Ob man für ein Projekt eine Finanzierung findet, ist entscheidend dafür, ob man es umsetzen kann – sei es für ein klimafreundliches Projekt, sei es aber genau gleich auch für die klimaschädlichen Projekte. Deshalb sind klimafreundliche Finanzflüsse ein sehr wichtiger Faktor und ein wichtiger Hebel für den Klimaschutz, respektive, vielleicht muss man eher sagen: Sie *wären* ein wichtiger Hebel. Denn momentan besteht dieser Hebel vor allem in der Theorie.

Man hat verschiedene Probleme: Zum einen fehlen bei den Firmen häufig die Zahlen und auch die Messkriterien darüber, wie klimaschädlich ihre Geschäftstätigkeit ist – respektive wie klimafreundlich, je nachdem –, aber auch die Angaben zu den einzelnen Projekten. Und auf der Seite der Finanzinstitute fehlt dann wiederum häufig die Kompetenz, um überhaupt zu beurteilen, wie verlässlich dann die Zahlen wären, welche die Unternehmen liefern würden. Und das müssen wir leider sagen: Die Klimaverträglichkeit zu messen, ist eben schwieriger, als einen Aktienkurs zu berechnen.

Aber die Klimaverträglichkeit ist heute eigentlich wichtiger als die Aktienkurse, zumindest aus der ökologischen Perspektive. Aber auch alle, die am wirtschaftlichen Aspekt interessiert sind, sollten sich einfach bewusst sein – und dies ist erwiesen –, dass klimaschädliche Investitionen halt ein ziemliches Risiko haben, dass sie dann einen gröberen Abschreiber tätigen müssen. Eigentlich ist es also auch aus wirtschaftlicher Perspektive sehr wichtig zu wissen, wie klimaverträglich die Investitionen sind, die wir heute tätigen. Und deshalb ist die Situation heute einfach die, dass wir eine ungenügende Informationslage haben und dass auch einfach das Verantwortungsbewusstsein noch ein wenig fehlt, sei es bei den Unternehmen, sei es bei der Finanzwirtschaft.

Und all dies resultiert gemäss aktuellem Klimatest des Bundesamts für Umwelt (BAFU) darin, dass der Schweizer Finanzplatz heute 80 Prozent der Investitionen, die er in die Strombranche tätigt, in Unternehmen tätigt, die Strom aus fossilen Quellen machen. Und nur 20 Prozent davon gehen in Unternehmen, in Produzenten von erneuerbarem Strom. Und das ist eigentlich völlig verkehrt. Da muss etwas gehen, und dafür braucht es Druck. Es braucht etwas Druck, damit die Finanzinstitute und die Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen und damit sie ihre Finanzflüsse eben besser messen und auch klimafreundlicher ausrichten.

Mit diesem Vorstoss haben wir die Chance, dass genau der Kanton Bern als Nachfrager oder in diesem Sinne auch als Investor und mit seinen Institutionen, die dies vor allem machen, hier Druck ausüben kann. Denn der Kanton Bern hat Gewicht. Und wir wollen ja nicht nur das. Wir wollen ja auch Vorbild sein, sei es für die Privaten, sei es für die Gemeinden.

Und deshalb ist für die GLP-Fraktion auch ohne Bestandesaufnahme klar, dass wir etwas machen müssen. Die Zahlen des BAFU-Klimatests zeigen ja sehr eindrücklich, dass unser Finanzplatz einfach noch hinten und vorne nicht klimafreundlich funktioniert. Und wenn wir als Parlament den Willen haben, wirklich etwas für klimafreundliche öffentliche Finanzen zu machen, dann sollten wir der Motion in allen Punkten zustimmen, und dies wird die GLP auch tun. Es macht keinen Sinn, die Regierung jetzt zu den unteren drei Punkten der Motion einen Prüfbericht schreiben zu lassen, damit wir dann nochmals darüber diskutieren können, ob es wirklich Massnahmen braucht, wenn eigentlich augenfällig ist, dass es diese eben genau braucht. *(Der Präsident unterbricht mit dem Hinweis, dass die Simultandolmetschung nicht funktioniert. / Le président intervient pour signaler que l'interprétation simultanée ne fonctionne pas.)* Und deshalb geben wir lieber jetzt direkt den Auftrag zur Bestandesaufnahme und auch gleich den Auftrag ... *(Der Präsident unterbricht noch einmal, damit das technische Problem mit der Simultandolmetschung gelöst werden kann. / Le président intervient encore une fois. Courte interruption afin de remédier au problème technique touchant l'interprétation simultanée.)* Deshalb finden wir es sinnvoll, den Auftrag zur Bestandesaufnahme zu geben, und auch den Auftrag, dass man direkt Massnahmen vorschlagen soll. Der Vorstoss ist diesbezüglich gut formuliert, er lässt dem Regierungsrat die Möglichkeit offen, was für Massnahmen er uns vorschlagen will. Und dann können wir in der nächsten Diskussion in diesem Rat gleich di-

rekt darüber sprechen, welche Massnahmen wir anpacken wollen. Und diese kann man dann auch gleich direkt umsetzen.

Deshalb werden wir diese Motion einstimmig in allen Punkten unterstützen, natürlich als Motion, aber auch, wenn sie in ein Postulat gewandelt würde. Und wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von Ihnen dies ebenfalls tun würden.

Fredy Lindegger, Roggwil (Grüne), Fraktionssprecher. Die Fraktion der Grünen steht geschlossen hinter diesem Vorstoss. Es ist tatsächlich erfreulich, dass die Regierung die grundsätzliche Stossrichtung dieser Motion teilt. Wie bereits gesagt, besteht dazu allerdings auch ein klarer Auftrag: Der Verfassungsartikel, von dem wir gesprochen haben, wurde immerhin mit rund zwei Dritteln Ja-Stimmenden klar angenommen. Jetzt geht es darum zu schauen, dass dieser Verfassungsartikel nicht einfach toter Buchstabe bleibt.

Offenbar sind wir beim Thema Klima durchaus bereit, grundsätzlichen Überlegungen zuzustimmen, z. B. eben der Klimaneutralität 2050. Das tönt relativ unverbindlich, allerdings wird es dann bei der konkreten Umsetzung viel schwieriger. Wir haben dies im Februar bei einer Abstimmung gesehen, die ebenfalls einen kleinen Beitrag hätte leisten können; Sie wissen, wovon ich spreche: von der Motorfahrzeugsteuer. Eine rasche Umsetzung ist vor allem auch wichtig, weil wir in diesem Bereich bereits viel Zeit verloren haben. Wir sind wirklich im Schneckentempo unterwegs. Wir werden die Zielsetzung Klimaneutralität 2050 nicht erreichen, wenn wir dieses Tempo beibehalten. Dies gilt übrigens nicht nur für den Kanton Bern, es gilt schweizweit. Wir sind nicht auf Kurs.

Auch der Kanton Bern ist stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Auch in dieser Session, es wurde angetönt, haben wir schon mehrfach solche Auswirkungen debattiert: Wir haben von Felsabbrüchen gesprochen, wir haben von Starkregen mit Hochwasser gesprochen, wir haben von anderen Wetterextremen gesprochen. Handlungsbedarf ist also angesagt. Es ist richtig: Die Einflussmöglichkeiten des Kantons Bern bei der Klimaveränderung sind gering. Wir können die Welt nicht retten mit unserem kleinen Beitrag, leider nicht. Aber auch der Kanton Bern kann hier einen Beitrag leisten und muss hier solidarisch auch einen Beitrag leisten.

Wie der Vorredner bereits erwähnt hat, sind einer der relativ gesehen grösseren Hebel, die wir zur Verfügung haben, die Finanzflüsse, die wir anschauen können, und jetzt insbesondere die öffentlichen Finanzflüsse. In diesem Bereich können wir jetzt wirklich einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Klimaresilienz leisten, ohne dass wir dafür eine spürbare Komforteinbusse erleiden würden.

Gerade letzte Woche hat ein UNO-Bericht zum Lebensstandard aufgezeigt, dass wir weltweit an einem Kippunkt sein könnten. Zum zweiten Mal in Folge war dieser Index rückläufig, das heisst: Der Lebensstandard weltweit ist am Sinken. Die Rede ist sogar von einer Abwärtsspirale. Neben weiteren Faktoren ist dafür auch der Klimawandel massgeblich verantwortlich. Gleichzeitig wird in diesem Bericht auch festgehalten, dass die Schweiz das höchst entwickelte Land der Welt ist. Auch aus dieser Perspektive haben wir also alle Möglichkeiten, aber auch die Verpflichtung, in Klimafragen einen Beitrag zu leisten zur Verbesserung der Situation.

Die Punkte 1 und 2 der Motion scheinen relativ unbestritten. Aber auch die Punkte 3 bis 5 sehen wir in Form einer Motion. Wir müssen jetzt endlich vorwärtsmachen, der Auftrag ist klar. Wir dürfen nicht länger zuwarten. Zusammenfassend: Die Fraktion der Grünen unterstützt diese Motion in allen Punkten.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Über diese Motion müssten wir nun eigentlich wirklich nicht reden. Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, da hat das Volk unheimlich deutlich Ja gesagt zum Klimaschutzartikel in der Verfassung. Diese Motion sollte nun eigentlich einfach eine Selbstverständlichkeit sein. Der Art. 31a KV soll nicht toter Buchstabe bleiben. Er soll möglichst bald eine möglichst grosse Wirkung erzielen. Und dafür müssen wir jetzt konkrete Massnahmen ergreifen. Eine Bestandesaufnahme und die regelmässige Überwachung der Zielerreichung, wie dies die Motionärinnen und Motionäre in den Punkten 1 und 2 fordern, ist selbstverständlich, und da gibt es auch nur wenige Differenzen.

Sonderbar ist, dass es bei den Punkten 3 bis 5 anders aussieht. Bei Punkt 3 geht es um konkrete Schritte. Wenn Sie auf eine Wanderung gehen wollen, reicht es auch nicht, wenn Sie nur den Ruck-

sack packen, wenn Sie die Wanderschuhe anziehen und wenn Sie wissen würden, wohin Sie gehen wollen – aber dann sitzen Sie zuhause wieder aufs Sofa, und am liebsten schauen Sie einen Film über das Wandern. Genau etwa so kommt es mir vor, wenn man jetzt den Willen des Volkes, dieses Verfassungsartikels, nicht umsetzen will. Ein Ziel zu haben und ein Ziel in der Verfassung festzuschreiben, ist gut und recht. Sich dann aber nicht verfassungskonform zu verhalten, das geht nicht. Die Punkte 3 bis 5 sind die weiteren nötigen Schritte. Wenn wir diese überweisen, werden Massnahmen definiert. Einiges wird wieder zurück in den Rat kommen, und man kann dann immer noch einen goldenen Mittelweg suchen und Massnahmen hier aushandeln.

Ich bitte Sie, den Willen der Demokratie, des Volkes, ernst zu nehmen und sich hier jetzt nicht dagegen auszusprechen. Wenn wir diese Motion ablehnen, ist dies ein Armutszeichen. Im Sinne eines goldenen Mittelwegs empfehle ich dem Motionär allerdings, die übrigen drei Punkte in ein Postulat zu wandeln. Die EVP würde sowohl die Motion als auch das Postulat einstimmig unterstützen.

Manfred Bühler, Cortébert (UDC), Einzelsprecher. Es wurde vorhin von meiner Vorrednerin gerade gesagt, dass die Berner Bevölkerung den Klimaschutzartikel angenommen hat. Ja, das stimmt. Ich gehe aber davon aus, dass man in dieser Kampagne, bei welcher die SVP das Nein wollte, der Bevölkerung nicht wirklich erklärt hat, was die Annahme dieses Artikels bedeutet, wenn man ihn umsetzen würde.

Sie wissen alle – ich hoffe es zumindest –, dass, wenn man das Klimaziel des Pariser Abkommens erreichen will, man nicht mehr als 3000 oder 3500 Mrd. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre stecken darf: entweder 1,5 oder 2 Grad. Wenn man dieses Ziel erreichen will – wir haben bereits 2300 Mrd. Tonnen freigesetzt –, dann müssen wir ab heute, nicht morgen, nicht in zehn Jahren, nicht in zwanzig Jahren, ab heute 5 Prozent weniger CO₂ freisetzen. Das heisst ganz konkret: 5 Prozent weniger fossile Energie. Ich kann eigentlich sagen: Energie tout court, denn 80 Prozent unseres Energieverbrauchs weltweit in den modernen Ländern ist fossil.

5 Prozent weniger, was heisst das? Wir haben ja das Gefühl: Das ist nicht so schlimm, kein Problem, das schaffen wir locker. 5 Prozent: Dies ist weltweit zum letzten Mal im Jahr 2020 geschehen, als wir die Pandemie hatten, als grosse Teile unserer Wirtschaft stillstanden, als wir keine Flugzeuge mehr in der Luft hatten. Das ist 5 Prozent weniger in einem Jahr. Wollen Sie dies wirklich jedes Jahr wiederholen? Das ist die konkrete Frage.

Man sollte es machen, wenn man das Klima effektiv im Sinne des Pariser Abkommens retten möchte. Aber genau das ist der Effort, den Sie der Bevölkerung schmackhaft machen müssen, wenn Sie dieses Klimaziel erreichen wollen. Genau das ist die Grössenordnung, wo wir uns an der Nase nehmen und sagen müssen: Jetzt wollen wir alles um 5 Prozent schrumpfen lassen: 5 Prozent weniger Beton produzieren, 5 Prozent weniger transportieren, 5 Prozent weniger heizen, 5 Prozent weniger in die Ferien, 5 Prozent weniger Schulen bauen, 5 Prozent weniger Kultur, 5 Prozent weniger von allem. Denn alles braucht Energie. Das ist in Gottes Namen einfach so. Wir sind heute in einer modernen Gesellschaft in diesem Bereich leider gefangen.

Und wenn ich eine solche Motion sehe, dann habe ich das Gefühl: Da wird sehr viel Administration gemacht, die am Schluss eigentlich nichts bringt. Denn genau die Grössenordnung dieses Efforts, den man hier leisten müsste, wurde der Bevölkerung vor dieser Abstimmung eigentlich weder transparent noch offen kommuniziert. Und Sie haben dann gesehen: Ja, man sagt, man setze es nicht um, es sei ein Skandal, und die Motorfahrzeugsteuer sei abgelehnt worden. Genau dann, wenn es dann konkret wird, wenn man den Leuten sagt, was der Preis ist, was das Preisschild ist für diesen schönen Artikel in der Verfassung, genau dann merken die Leute, dass es eigentlich sehr, sehr, sehr schwierig wird.

Das heisst nicht, dass man nichts machen muss. Aber ich möchte hier einfach schmackhaft machen, dass man diese Motion ablehnt, weil sie eigentlich nichts bringt. Man macht nur Administration, und das echte Problem geht man eigentlich nicht an.

Korab Rashiti, Gerolfingen (UDC), intervenant à titre personnel. J'aimerais quand même juste rappeler des faits : depuis 1990, jusqu'à aujourd'hui, nous avons baissé les émissions de CO₂ de moins de 27 pour cent. C'est un fait, on le calcule, on respecte les accords internationaux qui

étaient l'Accord de Kyoto d'abord et ensuite, les Accords de Paris. Et je ne comprends pas cette motion : on devrait prioriser que le climat – plus la santé ou plus la formation, plus la sécurité... ? Ce n'est plus que le climat, hein ? Donc, je ne comprends pas. Et puis, j'entends beaucoup ici répéter : la Constitution – ah, oui ? Je me réjouis que vous veuillez faire respecter la Constitution parce que qui respecte la garantie de propriété dans cette salle ? Qui respecte la liberté contractuelle ? On a débattu précédemment pendant 20 minutes quel contrat l'État doit fixer. Or, ce serait une liberté de chaque individu de contracter comme il veut.

Je pense que cette motion est dangereuse parce qu'elle nous focalise sur un objectif au détriment des autres... (*Der Präsident unterbricht mit dem Hinweis, dass die Simultandolmetschung nicht funktioniert. / Le président intervient pour signaler que l'interprétation simultanée ne fonctionne pas.*) Est-ce que vous m'entendez, c'est bon ? – Ok. Donc, pourquoi le climat est-il plus important que les autres choses, en fait ? Et puis une dernière question que j'aimerais poser à ce parlement et aux visiteurs : est-il acceptable pour la population de vivre dans un climat plus doux dans l'avenir, dans cent ans, en réalité, est-il acceptable ? Voilà la question qu'on pourrait aussi se poser une fois démocratiquement dans notre canton.

Präsident. Nach dem nächsten Einzelsprecher werde ich die Rednerliste schliessen.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Einzelsprecher. Ich bin konsterniert. Ich bin total verunsichert. Nun haben wir doch bei diesen Diskussionen zur Landwirtschaft und überall immer gesagt: Schaut, wir müssen als Konsument handeln. Als Konsument müssen wir entscheiden, und nicht Gesetze machen. Jetzt haben wir einen Vorstoss, der verlangt, dass der Kanton Bern als Konsument der Finanzindustrie hinschaut. Und jetzt kommen Sie und sagen: Nein, das geht jetzt nicht, das bringt nichts, das sei ein «Guguusli»-Vorschlag.

Das kann doch nicht sein. Jetzt sind wir als Konsument gefordert, als Kanton Bern, hinzuschauen und unsere Finanzflüsse so zu leiten, dass wir klimamässig in eine gute Richtung gehen. Und wenn ich dann noch höre, wir müssten aufpassen, dass wir nach der Klimalegislation nicht eine Finanzkrisenlegislation usw. haben, so geht es doch genau darum: Wenn wir jetzt hinschauen und unsere Finanzflüsse so steuern und lenken, dass wir in den richtigen Produkten, den richtigen Gütern zuhause sind, dann hat die Finanzsituation des Kantons Bern eine höhere Resilienz: Wir sind also besser vorbereitet auf diese Krisen, in denen entsprechend dann eben die Aktien von Erdöl, Uran und anderen Dingen bachab gehen, wenn wir entsprechend Werte haben, die hier in der Schweiz gewachsen sind, die ortsansässig sind, die ein Fundament haben.

Und wenn ich vorhin den Einzelsprechern der grössten Partei zugehört habe, dann dünkt es mich schon, die beiden Herren müssten einmal zusammen einen Kaffee trinken gehen. Der eine hat nämlich gesagt: Wir können das mit diesen 5 Prozent Abbau gar nicht realisieren. Und der andere hat gesagt: Wir realisieren dies schon lange. Vielleicht wäre es dort eben keine dumme Sache, zusammen einen Kaffee zu trinken und noch einmal darüber zu sprechen.

Und es geht ja nicht darum, dass wir jetzt 5 Prozent um 5 Prozent zurückbuchstabieren. Sondern derjenige, der kann und soll, soll 100 Prozent realisieren, möglichst bald. Denn die meisten grossen CO₂-Emittenten sind nicht nötig. Wir haben hier Holz, wir haben andere Varianten, bei denen wir nicht darauf angewiesen sind. Ausser bei irgendwelchen Fundamenten, die ein bisschen Beton brauchen, bei denen wir natürlich vom Zement nicht so rasch wegkommen, haben wir ein grosses Kapital. Wir haben grosse Möglichkeiten, aber wir müssen handeln. Und darum: Machen Sie es, wie die Regierung es vorschlägt, und überweisen Sie den Vorstoss, damit wir hier irgendwie auch ein wenig an die Morgenröte herankommen, aus dieser relativ tristen Zeit der Finanzindustrie.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Einzelsprecher. Es hat jetzt doch ein paar Voten gegeben, bei denen ich einfach nicht sitzenbleiben kann, wenn ich dies höre. Angefangen bei Samuel Kullmann – der nicht mehr im Saal ist, aber ich spreche jetzt halt trotzdem zu ihm, vielleicht hört er es dann nach –, der gesagt hat, jetzt komme dann irgendwie nach der Klimasession noch die Versorgungssicherheitsdiskussion usw. Und wenn wir uns genau überlegen, worum es denn eigentlich geht – ich habe einmal gelernt: Wenn man einander nicht versteht, dann geht man zurück auf die

Frage, welche Werte einem eigentlich wichtig sind –, und wenn wir hier überlegen, welche Werte uns eigentlich wichtig sind, dann geht es doch darum, dass wir alle zusammen einigermaßen vernünftig auf diesem Planeten überleben können und dass dies auch unsere Kinder und Grosskinder noch können.

Und wenn ich jetzt «Versorgungssicherheit» höre: Ja, das beschäftigt uns alle im Moment sicher stark. Wie sieht es im Winter aus, haben wir genügend Strom, haben wir genügend Gas zum Heizen usw.? Aber wenn ich auf fünf oder zehn Jahre hinaus schaue, dann ist mir zwar die Versorgungssicherheit auch immer noch wichtig, aber dann muss ich sagen: Dann ist es eben das Klima, das für mich alles andere dominiert. Und beim Klima geht es eben darum, dass wir alle zusammen überleben, vernünftig überleben können und dies auch unseren nachfolgenden Generationen sicherstellen können. Es gibt aus meiner Sicht kein wichtigeres Thema, als dass wir unser Klima schützen können und sichern können, dass es in diesem Range, in dem wir sind, der jetzt schon gestiegen ist ... Ich meine, wenn Sie an diesen Sommer zurückdenken, den wir alle erlebt haben: zu wenig Wasser, die Kühe nicht mehr so lange sämmern können, und, und, und. Das haben die Landwirte gemerkt, das haben wir in den Städten gemerkt. Es ist schwierig geworden.

Und zu Manfred Bühler möchte ich sagen: Du sprichst von diesen 5 Prozent. Das bestreite ich überhaupt nicht, du hast recht, absolut. Aber es gibt kleine Massnahmen, die manchmal eine enorme Wirkung ... Wir wissen seit Langem: Diese Standby-Funktionen z. B., die wir überall haben, auch in Ihren Computern, Elektrogeräten, Kaffeemaschinen, wo auch immer, wenn Sie diese schweizweit abschalten, dann sind Sie bei einer Ersparnis von 0,5 bis 1 Prozent. Schweizweit. Das tut niemandem weh, Sie müssen am Abend einfach den Stecker ziehen.

Oder die Bildschirme, die Sie zuhause haben, die Fernseher: Ich bin noch aufgewachsen mit einem Fernseher bei uns zuhause, der so gross war. (*Grossrat Grupp deutet mit den Händen eine moderate Grösse an. / Le député Grupp indique des mains une dimension modérée.*) Bei denjenigen, die etwas mehr Geld hatten, war er vielleicht so gross. (*Er deutet eine grössere Dimension an. / Il indique une dimension plus conséquente.*) Es war ein Röhrenbildschirm, der monsterviel Strom frass. Und dann kamen diese Flachbildschirme. Und anstatt dass wir jetzt solche Flachbildschirme haben, die irgendwie noch einen Zehntel der Energie brauchen, haben wir Flachbildschirme von hier bis hier, ... (*Grossrat Grupp macht einen Ausfallschritt und deutet eine sehr grosse Dimension an. / Le député Grupp fait un pas de côté et indique une très grande dimension.*) ... in jedem dritten Wohnzimmer, und diese saufen wieder gleich viel Strom wie die alten Röhrengeräte. Aber wer braucht schon eine Bilddiagonale von drei Metern? – Also: Wir können sparen, und wir können auch diese 5 Prozent sparen. Es ist möglich. Und jetzt ist der Moment, auch die Finanzflüsse darauf einzustellen.

Tobias Vögeli, Frauenkappelen (GLP), Einzelsprecher. Ich glaube, man muss ein Missverständnis klären, Herr Bühler; jetzt sehe ich nicht, wo er sitzt. Es geht nicht darum, 5 Prozent weniger Energie zu gebrauchen, sondern 5 Prozent weniger fossile Energien. Man kann also durchaus auch dafür sorgen, dass diese Energien eben erneuerbar werden. Und da spielen diese Finanzflüsse eben eine entscheidende Rolle; mein Grossratskollege Simon Buri hat es bereits sehr ausführlich dargelegt. Und wenn man das nicht zumuten will, was Sie da prophezeit haben, dass sich das Jahr 2020 wiederholen muss, dann muss man eben gerade Ja sagen zu diesem Vorstoss.

Und ich bin auch sehr, sehr überrascht, dass ausgerechnet die SVP-Fraktion indirekt vorschlägt, man solle doch einfach einen Volkswillen ignorieren. Denn genau das machen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sagen, man müsse sich fragen, ob man diese Reduktion von 5 Prozent überhaupt wolle. Die Frage ist nicht, ob wir das wollen. Das Volk hat gesagt, dass sie das wollen. Und unsere Aufgabe hier im Grossen Rat ist, zu schauen, dass wir es machen können, und die Frage, wie wir es machen können, und nicht, ob wir es machen können.

Und deshalb hoffe ich, dass dies nicht alle einen «Guguus»-Vorstoss finden, wie es Herr Grossrat Fuchs gesagt hat, sondern dass es doch auch hier hie und da vielleicht ein grünes Lämpchen aus der SVP-Fraktion geben wird.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Mitmotionär. Ich danke für diese Diskussion, auch für die klaren Worte, die von verschiedener Seite her gesprochen wurden. Was ich etwas schade fand, ist, dass selbst von befürwortenden Sprechern für zumindest das Postulat auch so komische Begriffe gebracht wurden: von klimagestresstem Aktionismus haben wir gehört. Ja, wir sind gestresst wegen des Klimas, wegen der Entwicklung, die sich abzeichnet und immer dramatischer abzeichnet, Daniel Arn. Wir sind gestresst, vor allem auch, weil man nicht bereit ist, sofort zu handeln und etwas zu tun. (*Grossrat Arn macht ein beschwichtigendes Handzeichen. / Le député Arn fait de la main un signe d'apaisement.*) Gut, ich beruhige mich wieder, du hast recht mit deinem Handzeichen. Aber es ist wirklich ein substanzielles Problem.

Was mir aufgefallen ist: Der Sprecher der SVP-Fraktion hat kein Wort zum Volkswillen gesagt. Er hat alle möglichen anderen Wörter gebraucht, aber zum Volkswillen, zum Verfassungsauftrag, hat er nichts gesagt. Der Sprecher, der Einzelredner Manfred Bühler, SVP-Präsident, hat angefangen zu behaupten, man habe dem Volk vor der Abstimmung nicht gesagt, worum es in dieser Abstimmung geht. Sie hatten die Chance, einen Abstimmungskampf zu führen; Sie hatten Schiss, haben sich zurückgehalten. Das Volk hat angenommen. Auch im Jura bernois hat eine klare Mehrheit für diesen Verfassungsartikel gestimmt. – Im Verfassungsartikel steht nichts von diesen 5 Prozent. Wir Grüne haben in der Debatte einen Absenkpfad vorgeschlagen, der dem Pariser Klimaabkommen entsprechen würde. Dieser wurde hier im Saal in hohem Bogen abgelehnt. Es gibt im Verfassungsartikel keinen konkreten Weg. Um diesen müssen wir jetzt ringen, jeden Tag, bei jeder Beratung zur Umsetzung dieses Klimaschutzartikels, die wir hier im Saal haben.

Ich möchte einfach darauf hinweisen: Ich hätte Verständnis, wenn die SVP nicht für eine Motion ist. Aber eine Partei, die «Volk» im Namen trägt, sollte versuchen, dem Volkswillen Rechnung zu tragen, und dann vielleicht mindestens einem Postulat zustimmen oder sich der Stimme enthalten bei der Umsetzung eines klaren Volkswillens.

Ich danke allen, die bereit sind, die Ziffern 3 bis 5 wenigstens als Postulat entgegenzunehmen. Wir haben die Versuchung, es beim Abstimmen drauf ankommen zu lassen; es ist nicht ausgeschlossen, dass wir eine Mehrheit auch für eine Motion finden könnten. Aber wir wollen nicht auf Risiko machen, und vor allem wollen wir versuchen, dass wir jetzt hier im Saal die Reihen schliessen; die Reihen schliessen auch mit dem Regierungsrat, der bereit ist, die Ziffern 3 bis 5 als Postulat entgegenzunehmen, die Ziffern 1 und 2 als Motion. Ich entspreche natürlich gerne auch dem Wunsch von Tabea, ich wandle die Punkte 3 bis 5 und bitte Sie um Zustimmung zu den Anträgen, die jetzt noch vorliegen.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. «Wie kann die Schweiz die Finanzmittelflüsse klimaverträglich ausrichten?»: Das ist der Titel eines Berichts des Bundesrates, der Ende letzten Jahres in die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-SR) gegangen ist. Und das ist die Fragestellung, die auch die Berner Regierung beschäftigt, und dies in der Wahrnehmung des Verfassungsauftrags, der fordert, dass öffentliche Gelder künftig klimaverträglich einzusetzen seien. Diese Frage stellt sich die Regierung also.

Sie ist sich aber gleichzeitig auch bewusst, dass dieses Thema in der Finanzwelt noch relativ jung ist. Es braucht also zuerst eine Bestandesaufnahme, es braucht zuerst eine Auslegeordnung. Es braucht zuerst eine Übersicht über Instrumente; Entscheidungsgrundlagen braucht es; es braucht auch Antworten auf die Frage, ob Gesetzesanpassungen notwendig sind. Und anschliessend kann man dann über Massnahmen sprechen.

In diesem Sinne ist die Regierung bereit, die ersten Punkte als Motion anzunehmen. Gleichzeitig – auch dies noch als Ergänzung – geht es dann schlussendlich auch noch um die Frage der Kompetenzregelung zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Aber die Regierung will dort vorwärtsmachen. Dort braucht es einfach – das ist kein Schnecken tempo – noch Zeit, um die Grundlagenarbeit zu leisten.

Bei den Punkten 3 bis 5 bin ich froh, dass diese gewandelt wurden. Dort geht es darum, dass wir Prüfungen machen müssen. Deshalb ist die Wandlung in ein Postulat, in einen Prüfauftrag, richtig. Dort stellt sich in erster Linie die Frage: Was ist umsetzbar, was ist nicht umsetzbar? Die Regierung

ist bereit, auch bei diesen Punkten die Aufgabe anzupacken. Ich bitte Sie deshalb im Sinne der Regierung, diesen Vorstoss zu überweisen.

Präsident. Dann kommen wir zur Abstimmung über das Traktandum Nummer 50. Ich erinnere: Über die Ziffern 1 und 2 werden wir als Motion befinden, über die Ziffern 3 bis 5 als Postulat. Wer der Ziff. 1 als Motion zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.381: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	45
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben der Ziff. 1 zugestimmt.

Wir kommen zur Ziff. 2 als Motion: Wer dieser zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein. – Das müssen wir nochmals wiederholen, da stimmt etwas nicht, es ist zu früh losgegangen. Wir machen es noch einmal: Wer der Ziff. 2 als Motion zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.381: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	97
Nein / Non	45
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben der Ziff. 2 zugestimmt.

Wir kommen zur Ziff. 3 als Postulat: Wer dieser zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.381: Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	45
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben der Ziff. 3 als Postulat zugestimmt.

Wir kommen zur Ziff. 4 als Postulat: Wer dieser zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.381: Ziff. 4, als Postulat / ch. 4, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	99
Nein / Non	44
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben der Ziff. 4 als Postulat zugestimmt.

Wir kommen zur Ziff. 5 als Postulat: Wer dieser zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.381: Ziff. 5, als Postulat / ch. 5, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	46
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben der Ziff. 5 als Postulat zugestimmt.